

antwortung entlassen und befürchtet eine internationale Aufwertung der DDR: Auch die ostdeutsche Regierung könnte dann vor das New Yorker Forum geladen werden.

Statt sich selbst an die Vereinten Nationen zu wenden, wollen die Bonner wenigstens das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ gewähren lassen, dessen geschäftsführender Vorsitzender, Wilhelm Wolfgang Schütz, im Gegensatz zur Bonner Regierung überzeugt ist, daß eine Anrufung der Kommission zweckmäßig sei.

Schütz hatte schon Anfang des Jahres die Lage im Uno-Hauptquartier erkundet: „Ich habe in New York die Möglichkeiten eines solchen Schrittes überprüft. Er kann getan werden.“

DEMONSTRATIONEN

Dummheit vor dem Feind

Ein Ambulanzwagen vom Opel-Typ Kapitän dient der amerikanischen Armee als neuestes Mittel, um die Moral des Westberliner Festungsvolks aufrechtzuerhalten. Die seit Dienstag letzter Woche am Checkpoint Charlie stationierten US-Samariter haben den Befehl, angeschossenen Mauerflüchtlingen, notfalls auch innerhalb des Sowjetsektors, Erste Hilfe zu bringen.

Mit dieser Behelfsmaßnahme antworteten die Amerikaner auf die anti-amerikanischen Kundgebungen, die Westberlin — von Ernst Reuter einst „Wiege der deutsch-amerikanischen Freundschaft“ genannt — zur Freude sowjetzonaler Mauer-Bauer am vorletzten Wochenende erlebte.

Anlaß der Empörungswelle war der qualvolle Tod des 18jährigen Ostberliner Maurers Peter Fechter, der am 17. August versucht hatte, den Ulbricht-Wall etwa 100 Meter vom Checkpoint Charlie entfernt nach Westen zu übersteigen. Fechter und ein Kollege vom Bau hatten den Grenzzaun am hel-

lichten Tag im Sturm nehmen wollen. Um 14.05 Uhr waren die beiden Bauarbeiter losgerannt. Sekunden später knallten in der Zimmerstraße die ersten Schüsse. Fechtters Kollege hatte Glück. Peter Fechter dagegen gelang der Sprung in die Freiheit nicht: Mit zwei Lungenschüssen und einem Bauchschuß brach er unmittelbar vor der Mauer auf sowjetzonalem Gebiet zusammen.

Fünf Minuten später, um 14.10 Uhr, lag die Meldung über den Grenzzwischenfall auf dem Schreibtisch des Innensenators Heinrich Albertz. Albertz später: „Ich las die Meldung, legte sie beiseite und arbeitete weiter.“

Diese erste Reaktion des Innensenators war verständlich: Vom 13. August 1961 bis zum 16. August 1962 hatten Westberliner Polizeibeamte 38 Todesopfer der östlichen Grenzwächter registriert. Meldungen über Grenzzwischenfälle, Schüsse im Sowjetsektor und mißlungene Fluchtversuche zählten in der Westberliner Polizeizentrale zum Routine-Eingang. „Es war eine ganz normale Meldung“, erinnert sich der Innensenator, „das übliche.“

Doch es war nicht das übliche. Schon wenige Minuten nach den sowjetzonalen Feuerstößen strömten Hunderte von Westberlinern aus den nahegelegenen Betrieben der Damen-Oberbekleidungsindustrie und aus Axel Springers Druckerei- und Redaktionssälen zur Mauer. In Sprechchören taten sie den Volkspolizisten kund, man werde mit ihnen, den Ulbricht-Mördern, abrechnen.

Als sich auf westlicher Seite schließlich eine ansehnliche Polizeistreitmacht versammelte — zwei Funkstreifen und 15 Bereitschaftspolizisten richteten ihre Schnellfeuerwaffen drohend gen Osten —, zogen sich die Volkspolizisten in ihre Schießstände zurück. Zwischen den Fronten lag Peter Fechter. Dreiviertel Stunde lang schrie er um Hilfe. Niemand half. Ein am amerikanischen Checkpoint Charlie stationierter US-Leutnant inspizierte den Tatort. Sein Kommentar: „Not our problem.“

Der Offizier fühlte sich an eine Order aus Washington gebunden, die allen US-Soldaten in Berlin strikt untersagt, DDR-Insassen bei der Flucht über die Mauer zu unterstützen. Der ihm vorgesetzte Captain, mit dem der Leutnant hätte beratschlagen können, was in diesem Sonderfall zu unternehmen sei, war nicht zu erreichen.

Auch jenseits des Walles fehlte der zuständige Abschnittskommandant. Sagt der Engländer John Peet, ein in Ostberlin ansässiger früherer Korrespondent der britischen Nachrichten-Agentur Reuter und heutiger Ulbricht-Propagandist: „Der für diesen Abschnitt zuständige Hauptmann war frühstücken gegangen oder beim Friseur. Die Leute wußten nicht, was sie machen sollten.“

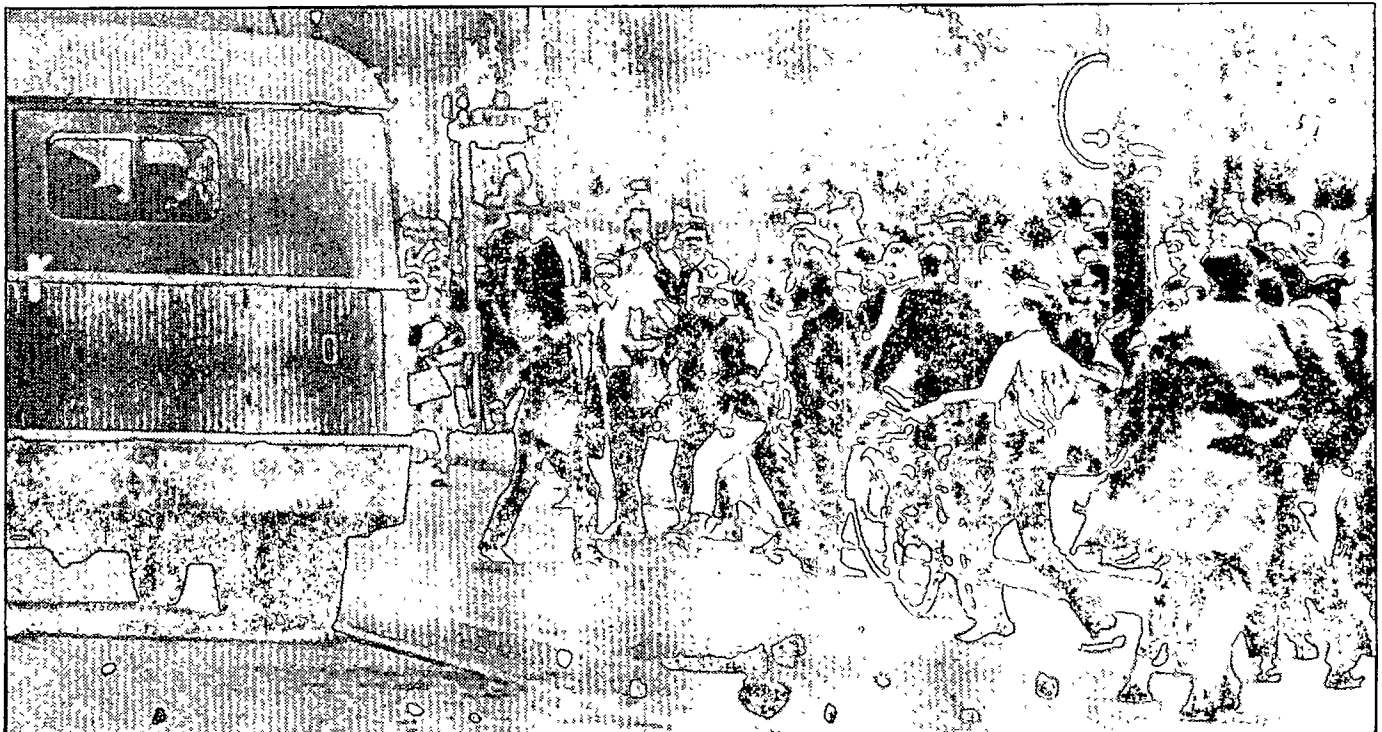
Eingeschüchert durch Schnellfeuerwaffen und drohende Sprechchöre, warteten die östlichen Grenzbrigadiere auf Verstärkung. Sie hatten Angst. Wochen zuvor hatte eine westliche Kugel einen ihrer Genossen, den Grenzpolizeigefreiten Huhn, wenige Meter vom Schauplatz des neuen Zwischenfalls entfernt, getötet.

Kommentierte John Peet die Haltung der Vopos: „Dummheit vor dem Feind.“

Bis zu diesem 17. August war die Selbstbeherrschung der Westberliner von Mauerbesuchern aus dem westlichen Ausland immer wieder bewundert worden. In der Tat hatten die Eingeschlossenen begonnen, sich auf ein Leben mit der Mauer einzurichten.

Einen Tag später, als die westliche Ohnmacht gegen die Mauer am Beispiel Peter Fechtters ebenso grausig wie drastisch demonstriert wurde, entlud sich indes der zurückgestaute Zorn. Die traditionellen Fronten verkehrten sich:

▷ Amerikanische Soldaten, bislang als Freunde und Beschützer geachtet, wurden mit Buh-Rufen und der kommunistischen Parole „Ami, go home“ bedacht;



Westberliner Demonstranten, Russen-Bus: Weil der Hauptmann frühstückte ...

- ▷ Westberliner Polizei mußte die Ulbricht-Mauer und deren sowjetzonalen Wächter vor anrückenden Demonstranten schützen;
- ▷ sowjetzonale Agitatoren, die sonst nicht müde werden, die Mauer als Friedenstat zu feiern, schürten zum Sturm gegen den Ulbricht-Wall, und
- ▷ Westberliner Demokraten fanden sich als kommunistische Agenten in den Verhörstuben der Westpolizei wieder.

Den Zorn gegen die amerikanischen Freunde hatte vornehmlich die Berliner „Bild“-Zeitung geschürt, deren Sonnabend-Schlagzeile verkündete: „Vopos ließen 18jährigen verbluten — Amis sahen zu“. Fragte „Bild“: „Ist das Amerika? Ist dies die Stimme des menschlichen, hilfsbereiten, zu jedem Opfer entschlossenen Amerika?“ Die Antwort gab der Kommentator selbst: „Nein“.

Die „Bild“-Kampagne fiel auf fruchtbaren Boden. Zusammen mit drei Freunden verfertigte der 20jährige Jürgen Goroll, ein Verwaltungsanwärter bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin, ein Transparent für den abendlichen Demonstrationzug zur Mauer an der Friedrichstraße.

Goroll in einem Brief an Willy Brandt: „Wir (haben) ein Bettlaken zerschnitten, sind zu der Stelle gefahren, an der Peter Fechter von Ulbrichts Knechten ermordet wurde, und haben demonstriert.“

Der Text des Transparents: „Schutzmacht? Morddulder = Mordhelfer“.

Kaum hatte sich Goroll unter die Demonstranten gemischt, da wurde er von einem Kreuzberger Polizeioffizier als SED-Agent der Polizei übergeben.

Nicht anders erging es einem jungen Westberliner, der an dem zur Erinnerung an Peter Fechter errichteten Holzkreuz ein Pappschild niederlegte, auf dem der im Schöneberger Rathaus ausliegende Text der „Deklaration der Freiheit“ zitiert wurde: „Ich schwöre, der Aggression und der Tyrannei Widerstand zu leisten, wo immer sie auf Erden auftreten werden...“

Das Schild wurde vom zuständigen Kreuzberger Polizeirevier als Provokation empfunden und sichergestellt.

Goroll und seine Tatgenossen waren Opfer der allgemeinen Nervosität geworden, die sich der Berliner politischen Führung ebenso wie der Polizisten an der Mauer bemächtigt hatte.

Der spontane Ruf nach Aktionen — „Handeln, nicht reden“ — drohte nämlich einen Balanceakt zu gefährden, den Willy Brandt seit dem 13. August 1961 virtuos vorgeführt hatte, um seine Festungsinsassen zum Ausharren und den Westen zum Entsatz zu ermuntern.

Brandt balancierte auf schmalen Grat: Ruhe an der Mauer, so sein Konzept, sei der Berliner wie der gesamten deutschen Sache abträglich. Die Berliner Forderung „Die Mauer muß weg“ würde in der westlichen und neutralen Welt nur dann Unterstützung finden, wenn der Öffentlichkeit die Absurdität der Berliner Spaltung immer wieder von neuem demonstriert wird.

Andererseits wußte der Frontstadt-Kommandant sehr genau, daß erste Grenzzwischenfälle die Gefahr weiterer Einschnürungsmaßnahmen und sogar eines großen Konflikts heraufbeschwören können. Um die rechte Balance zwischen Ruhe und Unruhe an der Mauer zu halten und ein Stimmungs-



... half keiner dem Sterbenden: Erschossener Flüchtling Fechter, DDR-Schützen

ventil für die Bevölkerung zu schaffen, duldete Brandt gelegentliche, aber kontrollierbare Mauer-Aktionen.

Die ersten Demonstrationen gegen die brutale Ermordung Peter Fechtlers paßten durchaus noch in dieses Konzept: Der Berliner Bevölkerung mußte die Chance geboten werden, ihrer Empörung gegen den Mord an der Mauer — Brandt: „Ein steingewordenes Symbol der Unmenschlichkeit“ — Ausdruck zu geben.

Spätestens in der Nacht vom Sonntag zum Montag aber mußte Brandt erkennen, daß die aufgebrachten Berliner seiner Führung entglitten waren. Nur mit Mühe war es den Polizeibeamten in dieser Nacht gelungen, die Demonstranten von der Friedrichstraße zum Rathaus Schöneberg abzudrängen.

Als Brandt die Berliner vor seinem Amtssitz durch eine Rede zur Besonnenheit mahnen wollte, versagte ihm die Masse die gewohnte Gefolgschaft. Sprechchöre — „Handeln, handeln, handeln!“ — unterbrachen Brandts Rede. Und als der Bürgermeister schließlich versicherte, es werde gehandelt, aber erst müsse mit Bonn und den drei Alliierten beraten werden, lachte ihn die Menge aus.

In der Nacht vom Montag zum Dienstag fand sich Willy Brandt dann in

jener Situation, die Berlins Sicherheitsexperten seit der Errichtung der Mauer in ihren Träumen plagte: Westberliner Polizei stand mit dem Rücken zum Ostberliner Getto wall und hinderte Westberliner Demonstranten daran, die Mauer niederzureißen.

Opfer der Straßenschlacht: Zwölf durch Steinwürfe verwundete Polizeibeamte, 17 durch Gummiknüppel lädierte Mauerstürmer.

Am Tage danach zeigte Westberlins Polizei — längst der Verpflichtung überdrüssig, an der „Schandmauer“ für Ruhe und Ordnung sorgen zu müssen — nur mäßigen Eifer, Demonstranten an Steinwürfen gegen einen sowjetischen Omnibus zu hindern, in dem die Ablösung der Wache am sowjetischen Ehrenmal in Westberlin befördert wurde. Amerikas Statthalter, Generalmajor Watson, war schockiert. Die Sowjets, so klagte Watson in einer Unterredung mit Brandt, warteten nur auf einen Vorwand, ihren Offizier aus der alliierten Luftsicherheitszentrale ab-zuziehen.

Watson: Wollte Brandt vielleicht für die Störung des Luftverkehrs zwischen Berlin und dem Bundesgebiet verantwortlich zeichnen?

Wie berechtigt Watsons Sorgen waren, zeigte sich schon am nächsten Tag:

Durch Auflösung ihrer Berliner Stadtkommandantur säbelten die Sowjets eigenmächtig ein weiteres Stück von jenem Vier-Mächte-Status ab, der allein die juristische Grundlage für die Anwesenheit alliierter Truppen in Berlin bildet.

Die Unterredung zwischen Brandt und Watson hatte am Dienstag stattgefunden. Noch am selben Tage wurde die Gegend um den Checkpoint Charlie von Westberliner Bereitschaftspolizei durch Stacheldrahtverhau abgeriegelt.

Außer dem Drahtverhau ist das einzige handgreifliche Ergebnis der tumultreichen Tage in Berlin jener Sanitätswagen, den die amerikanische Besatzungsmacht nach Rücksprache mit Washington am Checkpoint Charlie stationieren ließ. Wie die nervös gewordene Frontstadt-Bevölkerung aller-

tionsvorstandes, erteilte er Konrad Adenauer und den christdemokratischen Spitzenparlamentariern eine Lektion ministeriellen Selbstbewußtseins.

Fraktionschef Heinrich von Brentano hatte den Minister aus dem Sylter Ferienhaus „Atterdag“ in das Bonner Bundeshaus zitiert; Schröder sollte vor dem Fraktionsvorstand einen außenpolitischen Rapport abstaten.

Schon seit langem sind die Außenpolitiker der Fraktion darüber verärgert, daß der neue Außenminister, anders als sein Vorgänger Brentano, mit ihnen kaum Verbindung hält. Schröder hatte überdies gleich nach seiner Amtsübernahme Fäden gekappt, die zu Brentanos Ministerzeiten zwischen außenpolitisch interessierten CDU-Parlamentariern und höheren AA-Chargen gesponnen worden waren.

„Ich habe von diesen Klagen auch schon gehört, Herr Schröder. Der Herr von Eckardt in Berlin und Bundespresseschef von Hase haben sich beschwert, daß sie nicht unterrichtet werden.“

Schröder, nicht verlegen: „Herr von Eckardt und Herr von Hase unterstehen nicht mir, sondern direkt dem Bundeskanzleramt, und das ist doch über außenpolitische Fragen mindestens so gut informiert wie ich, Herr Bundeskanzler.“

Aber nicht nur bei solchen Fragen des Geschäftsverkehrs fand Gerhard Schröder Widerworte gegen den Regierungschef. Auch wegen der politischen Entscheidung, wie bei den Brüsseler Verhandlungen über Englands Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) taktiert werden soll, legte der Außenminister sich mit Konrad Adenauer an.

Als der Kanzler Anfang Juli mit Charles de Gaulle in Paris beriet, wie Englands EWG-Beitritt möglichst lange hinausgezögert werden könne, hatte Schröder, als Befürworter eines möglichst schnellen Beitritts, den Mund halten müssen.

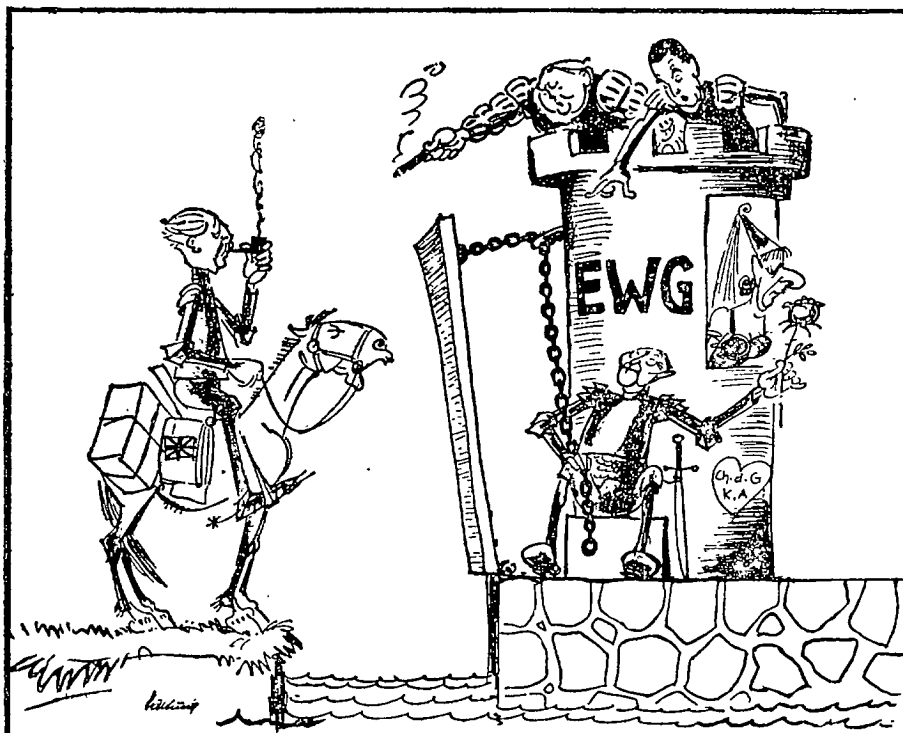
Von der Reise zurück aber versuchte der Minister, seit seinen Edinburgher Studentenzeiten ohnehin Bewunderer britischen Wesens, dem Kanzler doch noch einmal klarzumachen, wie wichtig es schon wegen der Berlin-Krise sei, England nicht links liegen zu lassen.

Allein, als Schröder am Montag letzter Woche vor dem CDU/CSU-Fraktionsvorstand seine EWG-Ansichten erläuterte, blieb Adenauer auf Pariser Kurs: Sicher könnten die Engländer eines Tages EWG-Mitglied werden, vorher jedoch müsse man doch sehr ernst und sehr genau prüfen, welche Folgen das für die deutsche Textilindustrie, die Landwirtschaft und den Kohlenbergbau haben würde. Vor allem die politische Union Europas müsse vorerst ohne England vorangetrieben werden.

Gerhard Schröder widersetzte sich der Kanzlerlinie, und diesmal hatte er den Fraktionsvorstand hinter sich. Angeführt von dem Hamburger Abgeordneten Erik Blumenfeld, zerpflückten die CDU-Oberen in der Diskussion einer nach dem anderen des Kanzlers antibritische Vorwände, und am nächsten Morgen knöpften sich Minister Schröder, Fraktionschef Brentano und Sonderminister Krone ihren Partei- und Regierungschef unter acht Augen vor. Brentano: „Herr Bundeskanzler, ich muß über meine Fraktionspressestelle bekanntgeben lassen, wie die Mehrheit der Fraktion hierzu denkt.“

Konrad Adenauer, von allen verlassen, gab auf. Drei Stunden später verkündete Fraktionsgeschäftsführer Rasner, die Partei sei einhellig für Englands schnelle EWG-Aufnahme.

Da die mißtrauisch gewordene Regierung Ihrer britannischen Majestät inzwischen jedoch bei ihrer Bonner Botschaft den genauen Wortlaut der Kanzler-Außerungen in Sachen EWG angefordert hat, versuchte Gerhard Schröder die Besorgnisse über die Altmänner-Achse Bonn-Paris auch auf diplomatischem Wege zu zerstreuen. London-Botschafter Hasso von Etdorf hat von seinem Minister Auftrag, unterderhand zu sondieren, ob in nächster Zeit wohl ein Treffen Adenauer-Macmillan arrangiert werden könne, vielleicht schon im nächsten Monat in Cadenabbia.



„Ritter Konrad, laß endlich die Brücke runter!“

Die Welt

dings darauf reagieren wird, wenn dieses Vehikel alliierter Barmherzigkeit wirklich einmal zu einer Bergungsfahrt in den Sowjetsektor eingesetzt wird, ist nicht abzusehen. Denn die Order für den US-Fahrer lautet: Ein geborgener, angeschlossener Flüchtling ist unverzüglich in das nächstgelegene Ostberliner Krankenhaus einzuliefern.

BONN

SCHRÖDER

Wie die Mehrheit denkt

Mit der Umsicht eines Mannes, der stets mit verdeckten Karten spielt, hat Außenminister Gerhard Schröder seinen Kanzler und seine Partei spüren lassen, daß er — wie es das Grundgesetz eigentlich allen Ministern befiehlt — „seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung“ zu leiten gedenkt.

Anfang letzter Woche, auf einer Feriensitzung des CDU/CSU-Frak-

Auf einer Direktorenbesprechung Ende letzten Jahres wies Schröder die Abteilungsleiter seines Hauses an, künftig sei der AA-Spitze „zwecks einheitlicher Sprachregelung“ von allen brieflichen und persönlichen Kontakten auch mit Parlamentariern Meldung zu machen. Beklagt sich Ernst Majonica, außenpolitischer Kreisleiter der CDU/CSU-Fraktion: „Früher ging es anders. Schröder läßt das alles sehr viel mehr über sich laufen.“

Zu Beginn der letzten Woche, bei der Lageberatung des Bonner CDU/CSU-Fraktionsvorstandes, nahm Vorgänger Heinrich von Brentano seinen Nachfolger selbst an: Es sei zu bemängeln, daß die Herren der Fraktion vom Auswärtigen Amt allzusehr im unklaren über die außenpolitischen Ereignisse gelassen würden.

Schröder blieb ungerührt: Er verstehe nicht recht, wie es zu solchen Klagen kommen könne; er selber jedenfalls stehe den Herren jederzeit mit Auskünften zur Verfügung.

Konrad Adenauer kam dem Fraktionsvorstand gegen Schröder zu Hilfe: